

Nachkriegsschicksale in Biberacher Lagern

Die Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen

Im Jahre 1834 war Biberach an der Riß noch ein Städtchen mit gerade einmal 4805 Einwohnern. Im Vergleich dazu betrug die Einwohnerzahl im Mai 1939 – also rund einhundert Jahre später und wenige Monate vor Beginn des Zweiten Weltkriegs – schon 11 214. Dann wuchs die Stadt bis 1972 auf etwa 27 600, d. h. um 241 Prozent. Die Wachstumsrate des Landes Baden-Württemberg lag damals bei 160 und die der Bundesrepublik sogar nur bei 140 Prozent. 1962 überschritt Biberach die magische Grenze von 20 000 Einwohnern und wurde zur Großen Kreisstadt. Es waren im

Mai 1939:	11 214 Einwohner
Januar 1945:	13 103 Einwohner
Dezember 1947:	13 936 Einwohner
Januar 1949:	14 414 Einwohner
September 1950:	14 984 Einwohner
Februar 1951:	15 262 Einwohner
Januar 1954:	16 948 Einwohner
1961:	21 524 Einwohner
1964:	24 976 Einwohner ¹

Diese Entwicklung verdankt Biberach nicht zuletzt der Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Nachkriegszeit, die sich im Wesentlichen in folgenden vier sich teilweise überschneidenden Phasen abspielte:

- die Aufnahme von Evakuierten und ausgewiesenen Reichs- und Volksdeutschen, vor allem der Donauschwaben, aus Bayern und Österreich
- die von den Alliierten und später von der Bundesregierung angeordneten Umsiedlungsaktionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Dänemark
- die Umsiedlungsaktionen aus den besonders belasteten Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern nach Württemberg-Hohenzollern
- die Aufnahme von Sowjetzonen-Flüchtlingen, die mit der Errichtung der Mauer am 13. August 1961 abrupt endete.

Unter Evakuierten und Flüchtlingen verstand man Deutsche, die ihren Wohnort, der sich inzwischen in einer anderen Besatzungszone befand, infolge der Kriegseinwirkungen verlassen hatten und dorthin zurückkehren wollten. Ausgewiesene waren Reichsdeutsche, die die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen oder nach den Bestimmungen des Alliierten Kon-

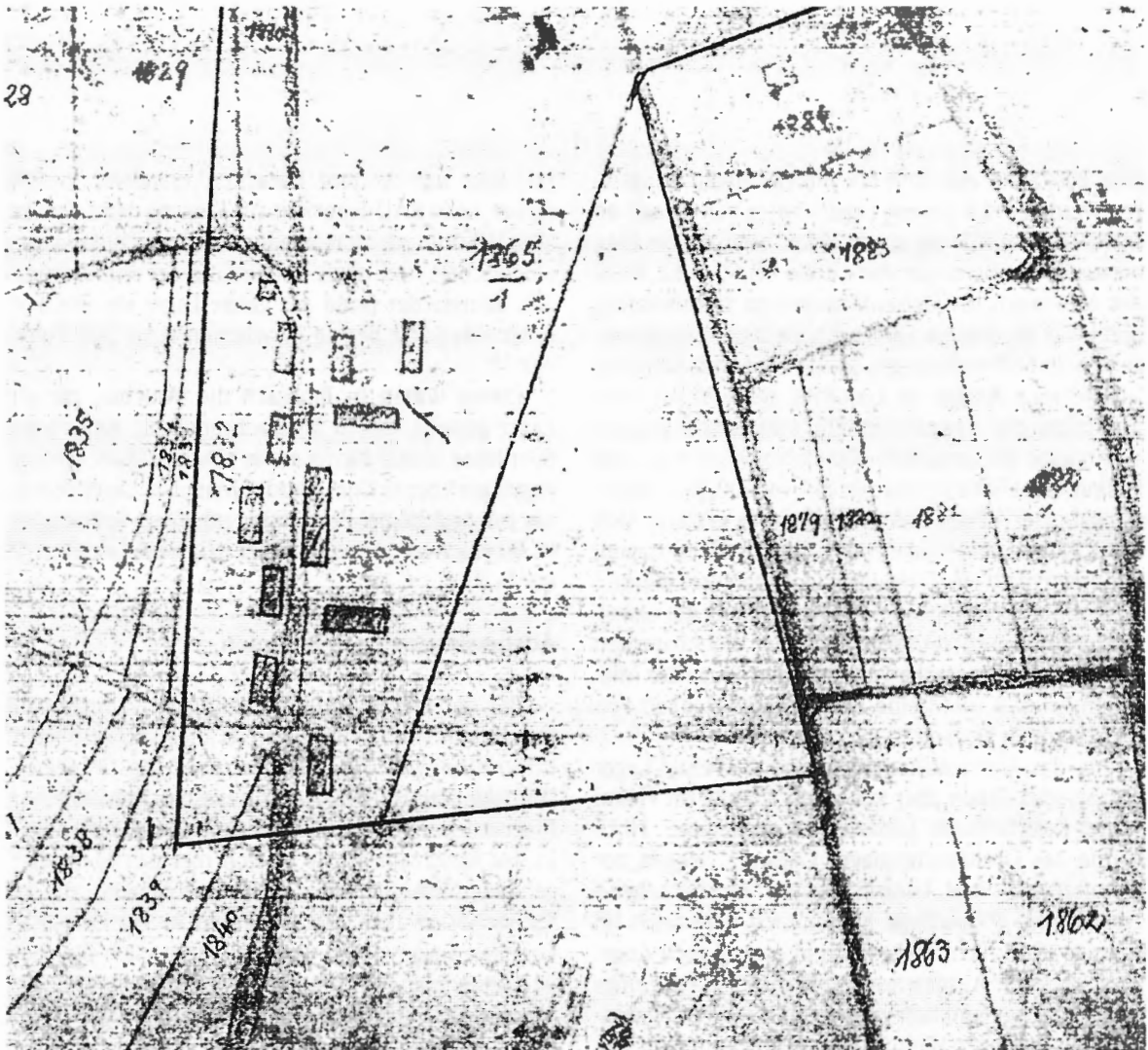
trollrats oder einer Militärregierung als Deutsche galten und entweder ihren ständigen Wohnsitz östlich der Oder-Neiße-Linie oder im Ausland hatten und diesen durch behördliche Anordnung oder eigenen Entschluss verlassen mussten und nicht mehr zurückkehren durften. Sofern sie ursprünglich Staatsangehörige eines ausländischen Staates gewesen waren, galten diese Personen als „Volksdeutsche“, wie z. B. die aus Ungarn oder Jugoslawien vertriebenen Donauschwaben.²

Grenzauffanglager und Kreisdurchgangslager

Freizügigkeit, also das Recht sich wohnhaft niederzulassen, wo man wollte, galt im besetzten Deutschland damals nirgendwo, auch nicht in der französischen Zone. Überall brauchte man Zuzugsgenehmigungen, ohne die man auch keine Lebensmittelkarten beziehen konnte. Nur ein besuchswiseiger Aufenthalt von bis zu zehn Tagen durfte von einer Gemeindeverwaltung ohne Zustimmung des Landratsamtes gewährt werden.³

All die Menschen, die sich in den ersten Nachkriegsjahren in Biberach niederlassen durften, lernten die Stadt zunächst vor allem durch die beiden Lager kennen, das Grenzauffanglager Lindele an der Birkenharder Straße und das ehemalige Lager des Reichsarbeitsdienstes (RAD-Lager) im Gaisental. Eine gewisse Verwirrung entsteht dadurch, dass für die Lagertypen unterschiedliche Bezeichnungen galten. Neben dem für Ausgewiesene zuständigen Grenzauffanglager in Biberach, das auch als Umsiedlerlager firmierte, wurde wie in anderen Kreisen auch ein für Flüchtlinge und Evakuierte aus anderen Besatzungszonen eingerichtetes Kreisdurchgangs- oder Flüchtlingslager unterhalten. Das Grenzauffanglager verteilte auf Anweisung des Staatskommissars für die Umsiedlung in Tübingen die ankommenden Ausgewiesenen auf die verschiedenen Kreisdurchgangslager, während vom Biberacher Durchgangs- oder Flüchtlingslager aus die Menschen durch das Landratsamt auf die Kreisgemeinden verteilt wurden. Beide Lager waren voneinander abgetrennt.

Das Lager Lindele war während des Krieges als Kriegsgefangenen- und Internierungslager genutzt worden. Im Sommer 1946 wurde es von der Militärregierung als Grenzlager für Ausgewiesene freigegeben. Es bestand aus einem Hauptbau, aus 22 massiven Baracken, einer Badebaracke und einer Garagenbarack-



Undatierte Planskizze des Lagers Gaisental, vermutlich vom Mai oder Juni 1945.

ke. Das Lager Lindele konnte damals mit 2000 Personen belegt werden. 1947 wurde das Grenzauffanglager im Lager Lindele für das Heimkehrer-Krankenhaus beansprucht und musste vorübergehend in das Lager Birkendorf umziehen, wo die Besatzungsmacht zuvor zeitweilig ehemalige Nazis und Leute eingesperrt hatte, die sich eines Vergehens gegen die Anordnungen der Besatzungsmacht schuldig gemacht hatten.⁶ Im März 1947 konnte der Betrieb dieses Lagers ins Lager Gaisental verlegt werden.

Das Lager im Gaisental war 1941 für den Reichsarbeitsdienst errichtet worden. Nach der Besetzung 1945 diente es der Besatzungsmacht als „Centre de Répatriment“, d. h. als Sammelstelle für Ausländer, die in ihre Heimat zurückgeführt werden sollten. Es war zum Teil mit Mobiliar ausgerüstet, das bei Biberacher Privatleuten beschlagnahmt und teilweise aus dem Lager Lindele geholt worden war. Bei der Verlegung

dieses Zentrums nach Siessen bei Saulgau nahmen die Franzosen alles mit. Als das Landratsamt im Gaisental ein Lager für Ostflüchtlinge einrichten wollte, fehlte die Einrichtung. Erst im Mai 1946 stellte die Militärregierung Bestände an Geschirr aus Schramberg dem Biberacher Flüchtlingslager zur Verfügung.⁴ Ab 15. März 1947 wurde es von der Militärregierung dem Landratsamt als Flüchtlingslager übergeben, weil im Lager Lindele ein Heimkehrerkrankenhaus eingerichtet worden war. Es diente zur vorübergehenden Unterbringung von Ausgewiesenen, die in Transporten nach Biberach geleitet worden waren und bestand ursprünglich aus sechs Wohnbaracken, einer Küchenbaracke, einer Waschbaracke, einer Revierbaracke und zwei Schuppen.⁵

Allerdings gab es auch ein Auffanglager für Ostflüchtlinge in Mietingen, das im Januar 1946 mit Öfen aus dem vormaligen Fliegerhorst Laupheim bzw. aus

dem Besitz der einstigen NS-Volkswohlfahrt ausgerüstet werden sollte. Dieses Lager erwies sich jedoch im März 1947 auf Dauer als zu klein, weshalb der Plan entstand, die Baracken der Größe 42,50 x 12,50 m aus Mietingen ins Gaisental-Lager zu transferieren, und zwar so, dass sie später mit kleinen Veränderungen als Behelfswohnungen genutzt werden konnten. Die gesamte Anlage im Gaisental sollte damit nach Abschluss der erwarteten Flüchtlingsbewegungen Wohnraum für ungefähr 400 Personen bieten. Die Kosten des Umbaus wurden mit 40 000 RM veranschlagt. Der Biberacher Gemeinderat erklärte sich damit einverstanden, die Hälfte der Kosten zu tragen, sofern der Stadt ein Vorkaufsrecht eingeräumt würde.⁷ In der Folge gestattete die Militärregierung die Erweiterung des Gaisental-Lagers durch vier Wohnbaracken und eine Waschbaracke vom früheren Flugplatz Mietingen, so dass 1948 eine Belegungsmöglichkeit von 900 Personen bestand.⁸

Als das Grenzauffanglager ins Gaisental-Lager umzog, verblieben aber vor allem Kranke im Heimkehrer-Krankenhaus Lindele. Im Dezember 1947 wurde das Grenzauffanglager Gaisental wegen der Erweiterungs- und Umbauarbeiten vorübergehend geschlossen. Flüchtlinge hielten sich dort noch im Februar 1948 nicht mehr auf und es war auch ungewiss, ob neue Ausgewiesenen-Transporte eintreffen würden. Seine Funktion wurde vom Kreisdurchgangslager Ravensburg-Weingarten übernommen.⁹ Das Kreisdurchgangslager indessen bestand weiter, denn im Oktober 1948 wies das Wohnungsamt der Stadt Biberach Bürgermeister Leger darauf hin, dass die Unterbringung von Familien angesichts der großen Ausländerzahlen nicht in der Stadt, sondern nur im Heimkehrer-Krankenhaus und im Flüchtlingslager möglich sei.¹⁰ Im Oktober 1949 befand sich das Grenzauffanglager wieder im Lager Lindele, und zwar in den Baracken links vom Hauptgebäude. Es bestand aus sechs Barackenunterkünften für Flüchtlinge, einer Verwaltungsbaracke, einem Krankenrevier und einer Baracke, in der die Lagerangestellten und -arbeiter wohnten bzw. in der sich ein Magazin mit Werkstatt befand. Eine weitere Baracke war für Kriegsheimkehrer reserviert.¹¹ Allein zwischen dem 1. April 1946 und dem Oktober 1951 wurden 61 673 Umsiedler durch das Grenzauffang- oder Umsiedlerlager geschleust und auf andere Kreislager verteilt.¹²

Das Gaisental-Lager blieb Flüchtlingslager. Im November 1948 und im Juli 1949 wurde das Gaisen-

tal-Lager um weitere Baracken erweitert. Später kamen noch RAD-Baracken aus Kisslegg dazu. Erst im Mai 1950 wurde dort wieder das Grenzauffanglager eingerichtet und nach Entstehung der Bundesrepublik mietete der Bund das ganze Lager an. Die Aufnahmekapazität betrug inzwischen rund 500 Personen.¹³

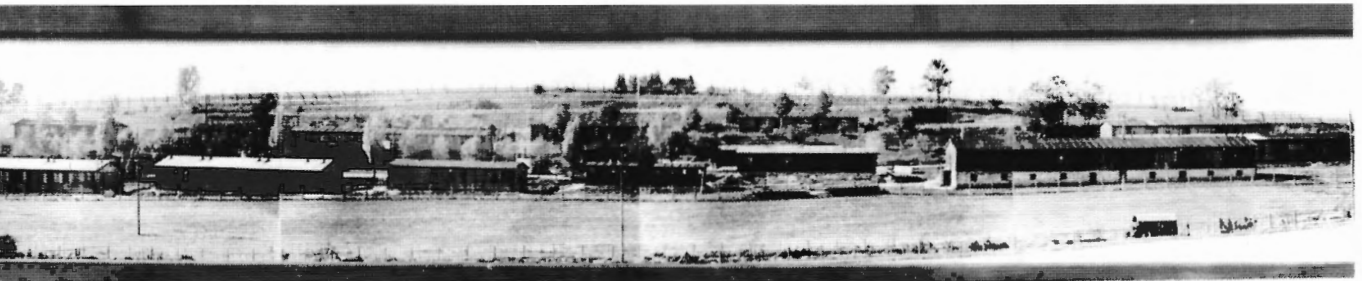
Damit waren in Biberach die Weichen für ein Lager gestellt, das in Biberach noch bis Anfang der 60er-Jahre hinein häufig etwas abschätzig als „Flüchtlingslager“ bezeichnet wurde. Mancher Lagerbewohner gab deshalb bei Bewerbung um einen Arbeitsplatz in Biberach als Adresse lieber „Gaisentalstraße 74“ an.¹⁴

Ausgewiesene nach Biberach

Bei der ersten Landrätetagung in Tübingen im November 1945 wurde bereits die unkontrollierte Infiltration von Flüchtlingen über die Ostgrenze Württemberg-Hohenzollerns angesprochen. Allein in Biberach waren 100 dieser Personen angekommen.¹⁵ In der Mehrzahl dürfte es sich hier um Menschen gehandelt haben, die aus den Balkan-Staaten, aus der Tschechoslowakei und aus Polen in seinen neuen Grenzen ausgewiesen worden waren, sich bis nach Süddeutschland durchgeschlagen hatten und aus irgendeinem Grund in die französische Zone wollten.

Schon vor Kriegsende waren deutsche Umsiedler aus Schönborn bzw. Franzjosefsfeld in Bosnien nach Biberach gelangt. Es handelte sich um Menschen, die nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Jugoslawien von deutschen Stellen nach Polen bzw. Böhmen umgesiedelt worden und in den letzten Kriegswochen in Biberach hängen geblieben waren. Sie galten als Verschleppte und wurden von der UNRRA versorgt. Im April sollte Biberach 610 reichsdeutsche Flüchtlinge, die aus Österreich ausgewiesen worden waren, aufnehmen. Abzüglich der bereits anwesenden 348 Ausgewiesenen hatte sich die Stadt noch um 262 Personen zu kümmern.¹⁶

Der für Umsiedlung zuständige Staatskommissar Dr. Theodor Eschenburg rechnete früh damit, dass in Südwürttemberg-Hohenzollern etwa 100 000 Vertriebene und Flüchtlinge vorwiegend aus Österreich zu erwarten waren. Unklar war nur, um was für Personen es sich handeln würde. In Österreich lebten aber überwiegend „Volksdeutsche“, die aus Jugoslawien,



Blick auf das Gaisental-Lager aus Richtung Osten.

Ungarn oder Rumänien ausgewiesen worden waren. Eschenburgs Ziel war die Assimilation dieser Menschen, d. h. deren produktive Eingliederung in den Arbeitsprozess. Er ging von einer dauerhaften Aufnahme der Ausgewiesenen aus und schloss eine Rückkehr der Vertriebenen in die Herkunftsgebiete aus. „Man kann eine Katastrophe der eigenen Bevölkerung vermeiden, wenn man aus den Ostflüchtlings kein ambulantes Armenvolk macht, sondern Staatsbürger“, war schon im Dezember 1945 Eschenburgs Ansicht. Dieses Konzept wurde anfangs noch von der französischen Besatzungsmacht unterstützt. Doch bald stellte sich heraus, dass die Besatzungsmacht bestenfalls reichsdeutsche Evakuierte aufnehmen wollte.¹⁷ Einzelne Zuzugsgenehmigungen wurden erteilt, wenn es sich um Fachkräfte für die ansässige Industrie handelte.¹⁸

Wider Erwarten kamen im April und Mai 1946 nach der Eröffnung des Grenzauffanglagers Lindele keine geschlossenen Transporte aus Österreich, sondern in der Mehrzahl nur Einzelreisende.¹⁹ Dennoch war das Lager Biberach zwischen Juni und August 1946 mit durchschnittlich 700 bis 800 Personen belegt.²⁰ Zeitweilig stand es aber auch leer.²¹

Wie schwierig die Einweisung der Menschen in den Kreisgemeinden war, geht aus einem Schreiben hervor, das der Leiter des Umsiedlungsamtes im Landratsamt, Dr. Schäfer, im Juli 1946 an die Bürgermeister der Kreisgemeinden richtete. Danach kam es immer wieder vor, dass die Gemeindeverwaltungen Ausgewiesene nicht aufnehmen wollten, weil die örtliche Wohnungskommission dies ablehnte. Dr. Schäfer musste darauf hinweisen, dass die Zuweisung an eine Gemeinde allein Sache des Umsiedlungsamtes war. Die Aufgabe der Wohnungskommission bestand einzig und allein darin, zweckentsprechende Unterkünfte in einem Ort zu schaffen. Auf einen schriftlichen Bescheid dieses Amtes hin hatte die örtliche Woh-

nungskommission Ausgewiesene zu einem bestimmten Ortseinwohner zu bringen, der diese Personen auch aufzunehmen hatte. „Die Unterbringung besteht nicht darin, dass der Ausgewiesene von Hof zu Hof geschickt wird“, empörte sich Dr. Schäfer.²²

Donauschwaben nach Biberach

Der Zustrom aus Österreich schwoll eigentlich erst an, nachdem mit Wirkung vom 1. Januar 1947 die Bizone gegründet war. Angesichts der Umsiedlungen aus der britischen und amerikanischen Bizone wurde möglicherweise in Österreich absichtlich eine Panikstimmung geschürt, um die vorwiegend aus Jugoslawien ausgewiesenen Donauschwaben auf einfache Art loszuwerden. Flüchtlingsgepäck wurde als Transitgut in geschlossenen Waggons an das Lager Biberach deklariert.²³ In dieser Übergangszeit vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfolgte ein zunehmender illegaler Zustrom von volksdeutschen Donauschwaben aus Österreich, vor allem ins Grenzauffanglager Biberach. Die Donauschwaben, vorwiegend aus der Batschka, dem Banat, Syrmien und Slawonien, hatten sich bei Kriegsende noch nicht innerhalb der Reichsgrenzen von 1937 befunden und waren als „Jugoslawiendeutsche“ auch nicht Gegenstand der Potsdamer Vereinbarungen der Siegermächte über die Umsiedlung der Deutschen aus Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei geworden, an die sich die Franzosen nicht hielten, weil sie nach Potsdam nicht eingeladen worden waren.²⁴ Sie hatten also keine Chance auf eine legale Einreise und viele durften im Lager nur deshalb unterkommen, weil sie ihre jugoslawische Herkunft verschwiegen und angaben, aus Ungarn ausgewiesen worden zu sein.

Allerdings verzeichnete der Kreis Biberach noch im Jahre 1948 nach Calw immer noch den geringsten Wanderungsgewinn unter allen südwürttembergi-



Blick auf eines der typischen Nebengebäude zur Kleintierhaltung in der donauschwäbischen Nebenerwerbssiedlung (1985).



Die einfachen Reihenhäuser der Nebenerwerbssiedlung wurden später teilweise vergrößert (1985).

schen Kreisen. Die Erwerbsmöglichkeiten waren hierzulande zu gering.²⁵ Ab April 1949 überquerten illegale donauschwäbische Grenzgänger die österreichische und bayrische Grenze in die französische Besatzungszone in unerwartet hoher Zahl. Im Mai 1949 kamen an einem Tag 700 Banater Schwaben ins Grenzauffanglager Biberach.²⁶ Es kam zur so genannten „Katastrophe von Biberach“. Das inzwischen mit 1100 belegfähigen Betten ausgestattete Lager Biberach wurde geradezu überschwemmt. Am 28. April waren 1221 Personen aufgenommen, 121 mehr als Betten vorhanden waren. Am 9. Mai wurde bei einer Belegung mit 1211 Personen eine vergebliche Lager Sperre verhängt. Der Höchststand war am 13. Mai mit 1228 Personen erreicht. Schließlich gelang am 14. Mai 1949 die Verteilung auf andere Kreisdurchgangslager. Die Belegung sank an einem Tag auf 224 Personen und am 20. Mai stand das Lager mit 34 Personen wieder praktisch leer.²⁷

Die monatlichen Sachausgaben für das Grenzauffanglager beliefen sich im Juli 1949 auf 9951,98 DM, die Personalausgaben machten 5612,26 DM aus.²⁸ Bis Mitte August waren bereits 5200 illegal eingewanderte Volksdeutsche in Württemberg-Hohenzollern aufgenommen worden. Nur ein gewisser Anteil der im Grenzauffanglager untergekommenen Donauschwaben wurde dem Kreis und der Stadt Biberach zugewiesen. Im März 1949 verlangte das Landratsamt, dass die Stadt Biberach noch 1036 Personen aufzunehmen hatte, was die Einwohnerzahl auf 15 402 Personen erhöht hätte. Doch in Biberach herrschte Wohnungsnot.

Neunzehn Familien im Grenzauffanglager, die der Stadt zur Unterbringung zugewiesen waren, konnten nicht untergebracht werden, vor allem weil die Mieten zu hoch waren. In mancher Biberacher Villa war jedoch noch kein Ausgewiesener eingewiesen. Deshalb verlangte das Landratsamt den Einsatz der Landespolizei, um unterbelegten Wohnraum polizeilich zu räumen, falls Wohnungsbesitzer sich weiterhin weigerten, jemanden aufzunehmen. Dagegen sträubten sich das städtische Wohnungsamt mit dem Hinweis, dass eine solche drastische Maßnahme weder bei Dienstwohnungen noch Dienstgebäuden vorgesehen sei. In manchen Dienstgebäuden gebe es Ablage- und Registratur-Räume, die für Wohnzwecke freigemacht werden könnten. Schließlich seien Akten leichter auf Bühnen zu lagern als Möbel aus unterbelegten Wohnungen.²⁹ Der Staatskommissar drohte, die

Familien in Biberacher Gasthäusern auf Kosten der Stadt einzuquartieren. 1950 plante die Stadt für insgesamt 540 000,- DM die Errichtung von drei Wohnblocks mit je achtzehn Wohnungen, war dazu jedoch auf Zuschüsse und Fremdkapital angewiesen. Im Mai 1950 sollten auf dem Galgenberg zwei städtische Wohnblocks mit 26 Wohnungen fertig werden, aber die voraussichtlichen Mieten von 40 bis 50,- DM wären für Flüchtlinge unerschwinglich gewesen. Mehr als 30,- DM Miete konnten sie nicht aufbringen. Der Gemeinderat beschwerte sich über die Untätigkeit des Staates. So waren für die Stadt staatliche Wohnungen tabu und der Einbau von Wohnungen im Amtsgerichtsgebäude scheiterte am Denkmalschutz.³⁰

Die Anzahl der Biberach zugewiesenen Ausgewiesenen errechnete sich auch anhand der freien Arbeitsstellen. Hilfsarbeiterstellen wurden an Landwirte vergeben, die im Lager wohnten, weshalb sich Landwirte weigerten, aufs Land zu ziehen. Bis zum 15. April 1950 hatte die Stadt Biberach bereits 1118 Flüchtlinge aufgenommen. Zusammen mit 280 Verschleppten (DPs) und 180 Angehörigen der Besatzungsmacht machten diese fast zwölf Prozent der Wohnbevölkerung von 1946 aus. Allgemein kritisierten die Ortsvorsteher und Bürgermeister die unterschiedliche Belegung der Kreisgemeinden, die zwischen vier und 24 Prozent der Bevölkerung ausmachte. Kopfschütteln verursachte, dass große Gemeinden, wie Schussenried, Ochsenhausen, Reinstetten, Burgrieden oder Dettingen an der Iller nur eine Belegung unter zehn Prozent aufwiesen.³¹

Die donauschwäbische Nebenerwerbssiedlung im Gaisental

Ein Teil der Donauschwaben fand in Biberach eine neue Heimat. Ein Siedler-Ausschuss der Donauschwaben wandte sich an die Stadt Biberach um Überlassung eines Grundstücks unmittelbar neben dem Grenzaufnahmelager. In seiner Sitzung am 21. April 1950 stimmte der Gemeinderat im Wesentlichen den Bauplänen der Donauschwaben zu, wenn auch lange Zeit Uneinigkeit herrschte, da der Gemeinderat Wohnblocks bzw. Reihenhäuser bevorzugte und die Donauschwaben Einfamilienhäuser anstrebten. Schließlich einigte man sich auf die Errichtung von Doppelhäusern nach dem Vorbild einer Musterhaus-siedlung in Pfäffingen bei Tübingen. Als Bauherr fun-

Ostpreußen oder Pommern in dänischen Lagern gelandet waren. Im Oktober 1946 sollte die gesamte Besatzungszone 12 000 Personen aufnehmen. Geplant waren fünfzehn Transporte, von denen sieben im Lager Biberach eintreffen sollten.³⁵

Zwischen dem 7. Januar und dem 6. April 1947 gelangten in etwa 14-tägigem Abstand sieben Transporte mit insgesamt 6950 Personen nach Biberach. Darunter befanden sich 2285 Fürsorgeempfänger, nämlich 1279 Frauen, 700 Kinder und 306 Männer. Auch Gertrud Buttgerit, Jahrgang 1927, kam mit ihrer Mutter und ihrer Schwester um Ostern 1947 nach Biberach. Im ehemaligen Internierungslager Lindede wurden sie zusammen mit 15 bis 20 Personen in einem Raum untergebracht. „Also, das war schon sehr erdrückend“, kommentierte sie in einer Sendung des Deutschlandradios im Mai 2009. Nach vier oder fünf Monaten kamen sie dann nach Bad Niedernau bei Tübingen, wo sie sich in einem stillgelegten Hotel fünf bis zehn Personen zusammen einen Raum teilen mussten.³⁶

Im Januar 1947 gab das Grenzauffanglager Biberach die zugewiesene Anzahl an Ausgewiesenen an die Kreisgemeinden ab. Die Zusammensetzung dieser Bevölkerung entsprach nicht dem Konzept des Staatskommissars Dr. Eschenburg, der eine Assimilation der Ausgewiesenen durch schnelle Integration in den Produktionsprozess vorsah. Außerdem war die Mehrzahl dieser Menschen protestantisch.³⁷ Im Juli 1947 war die französische Besatzungsmacht bereit, weitere 150 000 deutsche Flüchtlinge aus Dänemark in ihrer Zone aufzunehmen. Man rechnete mit wöchentlich 1500 Personen. Von den 20 Transporten mit jeweils rund 750 bis 1000 Personen kamen zwischen dem 10. Juli und dem 18. September 1947 elf nach Biberach. Der Anteil der Arbeitsfähigen unter den 7480 Ankömmlingen hatte sich im Vergleich zu den ersten Transporten erhöht. Die Besatzungsmacht suchte sie sogar als Arbeitskräfte für französische Familien und für Frankreich selbst anzuwerben. Unter ihnen befanden sich 108 Kranke, die im Lager-Revier oder im Heimkehrer-Krankenhaus untergebracht wurden. Der Anteil von Katholiken lag nun bei 57 Prozent. Mehr als 1000,- RM durfte niemand auf dem Transport bei sich tragen. Der Mehrbetrag von 198 906,- RM wurde in Dänemark eingezogen und in Biberach wieder ausbezahlt. Die meisten hatten nicht mehr als 100,- RM bei sich. Zwischen Juli und September 1947 verteilte das Lager 454 Personen, darunter 94 Männer, 237

Frauen und 123 Kinder auf die Gemeinden des Kreises Biberach.³⁸

Ein drittes Kontingent von Flüchtlingen aus Dänemark sollte im Herbst 1948 in der französischen Zone eintreffen. Von den 15 000 Personen waren 6000 für Württemberg-Hohenzollern vorgesehen. Acht Transporte trafen zwischen dem 13. Oktober und dem 1. Dezember 1948 hier ein. Die Auswahl war dieses Mal vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Existenzvermittlung erfolgt, denn durch die Währungsreform vom 21. Juni 1948 waren viele Ausgewiesene in eine schwierige Lage gekommen. Ihre Geldreserven waren verfallen und wer arbeitsunfähig war, stand mittellos da. Zwischen September 1948 und Januar 1949 verfügte das Staatskommissariat deshalb allein über das Landratsamt Biberach die Auszahlung von 12 988,- DM an 3820 bedürftige Ausgewiesene. Ausgewiesene waren sozial schlechtergestellt als Einheimische, da sie einen um zwölf Prozent höheren Anteil an nicht einsatzfähigen Arbeitslosen aufwiesen. Der Arbeitslosenanteil unter ihnen betrug nach der Währungsreform 28 Prozent. Im Kreis Biberach blieben 480 Männer, Frauen und Mädchen, die in der Landwirtschaft bzw. im Haushalt unterkamen.³⁹

Umsiedlungsaktionen aus überlasteten Ländern

Nach der Gründung der Bundesrepublik drängte das Problem auf eine Lösung, dass die verschiedenen Bundesländer mit der Unterbringung und Versorgung Vertriebener und Flüchtlinge ungleichmäßig belastet waren. Am 29. November 1949 kam es deshalb zu einer Verordnung über die Umsiedlungen von Vertriebenen aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Demnach hatte Württemberg-Hohenzollern bis Ende 1950 noch 49 000 Vertriebene aufzunehmen. Bis Januar 1949 entfielen davon auf Biberach 1036 Umsiedler. Eine gesetzliche Regelung kam am 22. Mai 1955 zustande. Dadurch wurden bis Ende September weitere 14 000 Personen in Südwürttemberg erwartet. Ende 1951 war mit 203 065 Vertriebenen im Land ein Bevölkerungsanteil von 18,9 Prozent im Vergleich zu 1939 erreicht. Ein nicht geringer Teil dieser Personen wurde direkt über das Kreisdurchgangslager Biberach auf die Kreise Biberach und Saulgau verteilt. Im August 1949 kamen von 5999 Umsiedlern 477 nach Biberach. Eine neue Umsiedlungsaktion war für die Zeit zwischen dem 20. Sep-

tember und dem 15. Dezember 1950 vorgesehen. Pro Kreis wurden aus Bayern und Niedersachsen zwei Transporte zu je 50 Personen erwartet und aus Schleswig-Holstein ebenfalls zwei Transporte zu je 100 Personen. Die Situation war zeitweilig so katastrophal, dass der Staatskommissar für die Umsiedlung den verantwortlichen Beamten androhen musste, sie hätten alle entstehenden Kosten selbst zu tragen, falls sie eigenwillig Transporte umleiten sollten. Insgesamt kamen im Jahre 1950 von 17 100 Personen, die dem Land zugewiesen wurden, 1100 nach Biberach. Aber praktisch wurde zwischen Mai und Oktober 1950 im Rahmen der Umsiedlungsaktion in Biberach nur für 210 Personen Wohnraum bereitgestellt. Das entsprach gerade einmal 40 Prozent des Solls.⁴⁰

Im Heimkehrer-Krankenhaus an der Birkenharder Straße war schon vor Januar 1950 ein Möbellager eingerichtet worden, wo Vertriebene vom Staatskommissariat für Umsiedlung beschaffte Möbel besichtigen und kaufen konnten. Das Möbellager wurde Ende März 1954 geschlossen.⁴¹ Aus Platzmangel wurden im Sommer 1950 neuankommende Flüchtlinge auch kaserniert im früheren Wehrmeldeamt untergebracht.⁴² Das städtische Wohnungsamt machte im Juni 1950 seine Drohung vom Januar wahr und weigerte sich, in Zukunft Flüchtlinge aus dem Lager in Biberacher Wohnungen einzuweisen und forderte das Landratsamt auf, diese Aufgabe selbst durchzuführen, weil es sich nicht durchsetzen konnte. Der Stadt zugewiesene Personen mussten auf jeden Fall das Lager verlassen haben, bevor ein neuer Flüchtlingstransport eintraf.⁴³ Da mit der Fertigstellung von Flüchtlingswohnungen in Biberach erst Ende November 1950 zu rechnen war, mussten Flüchtlinge kaserniert untergebracht werden. Der Staatskommissar für Umsiedlung setzte sich dafür ein, keine weiteren Flüchtlinge mehr ins Lager aufzunehmen. Flüchtlinge im Lager Lindele an der Birkenharder Straße sollten dieses Lager verlassen, weil der Stadt dadurch zu hohe Kosten entstanden. Stattdessen plante man Baracken auf dem Galgenberg für eintreffende Flüchtlinge zu verwenden.⁴⁴

Die Ausgaben für die Biberacher Lager waren laut Nachweis vom Dezember 1951 sprunghaft angestiegen: Das Grenzdurchgangslager verursachte Kosten von 19 732,17 DM, darunter Aufwendungen für das Lagerpersonal von 3 462,63 DM. Dem standen Einnahmen aus dem Grenzdurchgangslager und sonstigen inzwischen eingerichteten Durchgangs- und Wohnlagern von rund 10 200 DM, vermutlich aus Mieten,

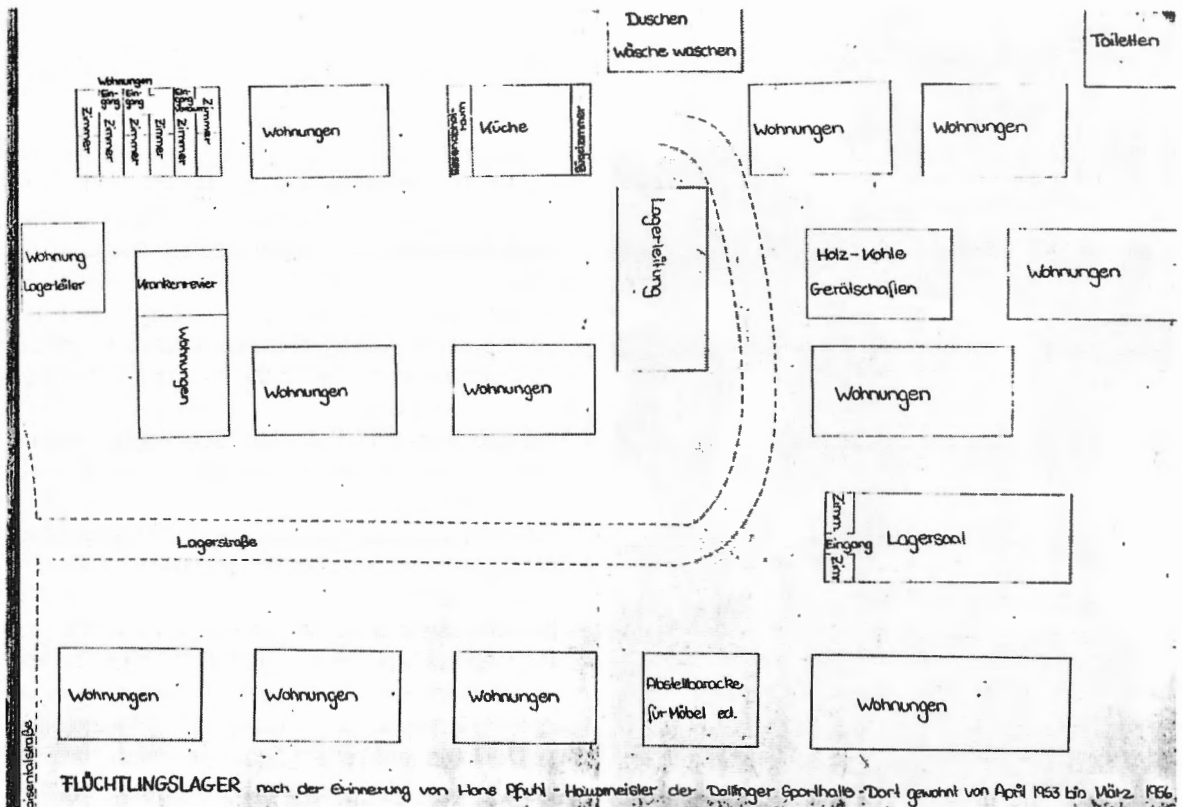
entgegen. Das Heimkehrer-Krankenhaus war mit 56 148,62 DM veranschlagt, wovon allein die Personalkosten 15 347,37 DM ausmachten. Die immer noch bestehenden DP-Lager im Stadtgebiet verursachten dagegen nur noch 1864,32 DM Unkosten, davon ca. 350 DM persönliche Kosten für das Lagerpersonal.⁴⁵

Im Januar 1951 hatte der Kreis Biberach von 120 792 Vertriebenen 9618 Personen aufgenommen. Das entsprach einem Anteil von acht Prozent. Bis Dezember 1950 waren im Kreis 242 Wohnungen fertig gestellt, von denen 57 Prozent nur für Vertriebene gedacht waren.⁴⁶ Im März 1951 machte der Bundestagsabgeordnete Pfender den Vorschlag, die Baugenossenschaft Oberland als Träger des Flüchtlingswohnungsbaus in Biberach einzuschalten. Damit wären zwei gemeinnützige Baugenossenschaften in der Stadt tätig geworden, was vom Innenministerium nicht zweifelsfrei genehmigt worden wäre. Die Stadt beabsichtigte das Gelände nördlich des Gaisentalhofes zur Verfügung zu stellen. Hier sollten 55 Wohneinheiten entstehen. Der Gemeinderat sprach sich gegen allzu weitgehende Selbsthilfearbeiten und für eine Vergabe an die Baugenossenschaft Oberschwaben aus, während sich die Heimatvertriebenen jener Baugenossenschaft den Zuschlag geben wollten, die entsprechend den Bestimmungen des Sozialen Wohnungsbaus und den Belangen der Vertriebenen das günstigste Angebot einreichte. Darauf ging der Gemeinderat aber nicht ein.⁴⁷

Die Belegung des Flüchtlingslagers war so groß, dass man aus den Beständen des Pestalozzi-Hauses im Mai 1951 sogar Stühle an das Grenzauffanglager abgeben musste, obwohl diese beschädigt waren.⁴⁸

Zonenflüchtlinge im Lager Biberach

In den Jahren 1952/53 waren weitere Menschen wieder im Lager Lindele unterzubringen, deren Verpflegung aber vom Gaisental-Lager aus erfolgte. Es handelte sich überwiegend um Flüchtlinge, die die „Ostzone“, wie man die damalige DDR nannte, wegen der drohenden Kollektivierung verlassen hatten. Inzwischen war das Bundesland Baden-Württemberg entstanden. Wie im Januar 1952, als elf Familien im Grenzauffanglager in Biberach nicht wussten, was mit ihnen geschehen würde, kam es immer zu Missstimmungen, weil ganze Familien im Lager hängen blieben und das Gefühl hatten, weder städtische noch staatliche Stellen zeigten sich für sie verantwortlich.⁴⁹



Im Land Baden-Württemberg waren bis September 1952 insgesamt 993 000 Heimatvertriebene aufgenommen worden. Das entsprach im Durchschnitt einem Bevölkerungsanteil von fünfzehn Prozent. In der US-Zone des Landes betrug der Anteil 19,3 Prozent, im französisch besetzten Süden nur 11,6 Prozent. Dabei waren die Sowjetzonenflüchtlinge noch gar nicht berücksichtigt.⁵⁰ Im Gaisental stieg die Belegung dadurch im Dezember 1953 auf 728 Personen an. Das Lager war im April 1953 bereits an den Bund vermietet. Aus Kostenersparnisgründen wollte der Bund von der Gemeinschaftsverpflegung zur Selbstverpflegung übergehen. Dazu mussten die Barackenräume zu Wohnungen umgebaut werden. Die Stadt befürchtete zu Recht, dass damit eine dauerhafte Wohnanlage geschaffen würde, was in Zukunft als erhebliche Belastung angesehen wurde.⁵¹

Im September 1953 waren etwa einhundert Ostzonen-Flüchtlinge im Kreisdurchgangslager Biberach angekommen und wieder im früheren Heimkehrer-Krankenhaus untergebracht worden, weil das Lager selbst mit rund 500 Personen belegt war. Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der zu Verpflegenden auf 700 bis 750 Personen. Zur Versorgung von so vielen Menschen benötigte man außer dem Verpflegungsleiter Steinert, dem Koch Robert Tränznick und den beiden Hilfsköchinnen Erika Steeb, geb. Jankowski, und Maria

Merk noch eine weitere Kraft, den Hilfskoch Johannes Wippich. Gegen einen Tageslohn von DM 2,- wurden außerdem Frauen aus dem Lager zum Gemüseputzen, Kartoffelschälen und Abwaschen herangezogen.⁵²

Die Firma Liebherr plante 1953 eine Weihnachtsaktion für ein Waisenhaus. Bürgermeister Leger lenkte die Aufmerksamkeit der Firma auf die „Ärmsten der Armen“, nämlich die Sowjetzonenflüchtlinge im Lager, dessen Belegungszahl ständig bei 700 Personen lag, weil immer neue Flüchtlinge zuströmten. Am 28. Dezember 1953 zählte das Lager 728 Personen. Darunter waren 113 Kinder bis zu sechs Jahren, von denen aus Platzmangel gerade einmal zehn in den Kindergärten aufgenommen werden konnten. Von 145 Kindern zwischen sechs und vierzehn Jahren besuchten nur vierzehn die Oberschule. Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren gab es 70 im Lager. Drei von ihnen gingen in die Oberschule, einer in die Berufsschule und nur vier nahmen an sonstigen Lehrgängen teil. Eine verheerende Bilanz!⁵³

Das Regierungspräsidium Tübingen erließ am 22. März 1954 eine Lagerordnung für die staatlichen Durchgangslager. Sie sah eine mindestens dreimal wöchentlich auszugebende warme Abendverpflegung vor, während an den anderen Tagen Tee oder Kaffee zusammen mit Kaltverpflegung ausgegeben werden musste. Für ausnahmsweise zu leistende Lagerarbeiten



Die Geschichte-AG der Dollinger-Realschule mit Hausmeister Pfuhl auf der ehemaligen Lagerstraße des Gaisental-Lagers 1985.

durfte nicht mehr als 0,25 DM pro Stunde bezahlt werden. Da andauernd Kurzschlüsse die Feuergefahr im Lager erhöhten und der Stromverbrauch zu drosseln war, wurden die Unterkunftsräume überprüft und die Anzahl der Steckdosen begrenzt. Auch auf Ruhestörungen durch zu laut eingestellte Radios war zu achten. Pro Übernachtung war eine Gebühr von 30 und bei Benützung von Bettwäsche von 80 Pfennigen zu erheben. In Südwürttemberg-Hohenzollern war außerdem ab sofort nur noch die Bezeichnung „Staatliches Flüchtlingslager“ zulässig.⁵⁴

1956 waren im Lager schon 810, im Februar 1958 bereits 1000 und im April 1959 1064 Personen untergebracht. Unter ihnen befanden sich kaum jemals arbeitslose ledige Personen unter 25 Jahren. In der Mehrzahl blieben nur Alte, Kinder und Arbeitsunfähige oft Monate nach der Aufnahme im Lager. Der Arbeitsmarkt im Arbeitsamtsbezirk Biberach war 1959 bereits merklich angespannt. Der Kreis Biberach wies nur 81 Arbeitslose auf, darunter nur noch 16 Flüchtlinge im Durchgangslager Biberach.⁵⁵

Ohne Zustimmung der Stadt Biberach beabsichtigte die Oberfinanzdirektion im November 1957 die Auf-

stellung weiterer Baracken zur Unterbringung von Gepäck. Der Gemeinderat wehrte sich gegen die Erweiterung des Lagers, weil inzwischen die Bebauung der Siedlung „Neue Heimat“ angelaufen war. Es war an der Zeit, das Lager zu räumen und den oft schon jahrelang in den Baracken untergebrachten Menschen ordentliche Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Das Lager wurde in der bereits bestehenden Nebenerwerbssiedlung und in der im Entstehen begriffenen Siedlung „Neue Heimat“ als Fremdkörper empfunden. Nur falls die Flüchtlingsverwaltung zusagte, die Baracken durch feste Wohnungen zu ersetzen, wollte der Gemeinderat sich mit weiteren Baracken einverstanden erklären.⁵⁶

Am 1. Februar 1958 sagte ein Vertreter des Innenministeriums die Mittel für die Errichtung von Ersatzbauten für das Lager zu. Für die 400 der 1000 Lagerbewohner dieser Zeit, die der Stadt Biberach zugewiesen werden würden, benötigte man rund 100 Wohneinheiten. Das Lager musste dem geplanten Ausbau der Siedlung „Weißes Bild“ weichen, die teilweise auf dem Lagergelände entstehen sollte.⁵⁷ Dem Landratsamt teilte Bürgermeister Leger daraufhin mit, dass das Barackenlager in seiner jetzigen Form rein gesellschaftlich die Entwicklung des umgebenden Baugebiets zu einem ansprechenden Stadtviertel beeinträchtigte und den Ruf eines guten Wohnviertels erheblich schmälere. Der Gemeinderat würde die Errichtung von 50 Wohnungen auf dem Gelände des Lagers beschließen.⁵⁸

Die Wohnungsfrage wurde dadurch noch nicht gelöst. 1960 stellte das Umsiedlungsamt des Landratsamtes in Biberach zusätzliche Übergangswohnheime zur Verfügung.⁵⁹ Am 2. Juli 1962 erfolgte der Spatenstich für weitere Häuser auf dem Galgenberg. Bis 1958 entstanden in Biberach 1500 und bis 1962 rund 3000 neue Wohneinheiten. Jeder vierte Einwohner in Baden-Württemberg war 1962 entweder Vertriebener oder Flüchtling. Der Mauerbau 1961 trieb die Flüchtlingszahlen noch einmal in die Höhe. Dennoch war der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe am Bevölkerungszuwachs im Kreis Biberach mit 1,22 Prozent deutlich geringer als in Südwürttemberg mit 1,64 Prozent, aber merklich höher als im Durchschnitt des Landes mit 0,74 Prozent. Immer noch lebten landesweit rund 2500 Flüchtlinge in Baracken. Dennoch gab es 1962 Pläne u. a. das Lager Biberach aufzulösen. Wann der letzte Flüchtling aus den Lagerbaracken auszog und eine feste Wohnung bezog, ist unbekannt. Endgültig geschlossen wurde Ende 1961 das seit Oktober 1954 bestehende Lager für alleinstehen-



Die letzte Baracke des Gaisental-Lagers, genutzt als Kindergarten 1985.

de weibliche Ostzonenflüchtlinge im Schloss von Oberstadion, das insgesamt 12 000 Personen durchlaufen hatten.⁶⁰

Tabelle: Zunahme der Heimatvertriebenen in Biberach 1950–1968 nach Jeschke⁶¹

Jahr	Anzahl der in Biberach lebenden Heimatvertriebenen	Anzahl der im Flüchtlingslager Biberach lebenden Personen
1950	1591	–
1954	–	447
1955	–	819
1956	–	539
1957	–	914
1958	–	1067
1959	3448	620 (1171)
1960	3959	500 (628)
1961	4345	429 (487)
1962	4490	70 (460)
1963	4647	51 (338)
1964	4876	88 (94)
1965	5015	99 (84)
1966	5199	95 (65)
1967	5267	112 (90)
1968	5284	83 (124)

„Das Flüchtlingsproblem ist kein Fürsorgeproblem, sondern ein Wirtschaftsproblem“, war schon 1949 die Devise des Staatskommissars Dr. Schäfer gewesen.⁶² Die Stadt Biberach hat durch die Aufnahme von Vertriebenen und durch die Heimkehr von Kriegs- und Zivilgefangenen sowie die Aufnahme von Ostzonenflüchtlingen enorm profitiert.⁶³ Im Wohngebiet Gaisental oder Weißes Bild kann man die Herkunft der neuen Stadtbürger und die Entstehungsgeschichte dieser Stadtteile buchstäblich an den Straßennamen ablesen. Aus dem einstigen Auswanderungsland Oberschwaben war ein Auffangbecken für Heimatsuchende geworden. Wo man sich diesen Menschen gegenüber abwehrend verhielt, zementierte man die vorhandene Strukturschwäche.⁶⁴ Es spricht viel dafür, dass Biberach mit seinen Lagern davor bewahrt wurde.

Quellen

Kreisarchiv Biberach Sign. 88

Stadtarchiv Biberach: Az. 421 00, 421 20, 441 00, 441 11, 474 13, 474 50, 641 05, 474 53, 761 05; Altreg. Bü 525; Schwäbische Zeitung 1959, 1962

Literatur

Binder, Friedrich: Die Vertriebenen- und Sozialpolitik des Landes Württemberg-Hohenzollern 1945–1952 (Manuskript 61 S.)

Booch, Stefan; Jacobsen, Bente; Lämmle, Brigitte; Ott, Birgit; Sproll, Regina: Flucht in die Heimat. Vom Schicksal der Donauschwaben und anderer Flüchtlinge in Biberach. Wettbewerbsarbeit für den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten, Biberach 1985 (Manuskript)

„50 Jahre danach. Das Lager Birkendorf 1946“, zusammengestellt von einer Arbeitsgruppe in der Altenbegegnungsstätte Ochsenhauser Hof, o.J. (1995/96)

Gaisental: Förderkreis Gaisental/Weißes Bild & Fünf Linden e.V. (Hrsg.) und Stadt Biberach: 45-jähriges Bestehen des Biberacher Stadtteils Gaisental/Weißes Bild, o.J. (1996)

Heckmann, Paul (Hrsg.): Der Kreis Biberach, Stuttgart/Aalen 1973

Jeschke, Hanns-Erhardt: Die Bevölkerungsentwicklung in den oberschwäbischen Städten unter besonderer Berücksichtigung Biberach, Zulassungsarbeit für das Höhere Lehramt, Tübingen 1970

Kühne, Andrea: Entstehung, Aufbau und Funktion der Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, Sigmaringen 1999

Anmerkungen

- 1 Adressbuch der Stadt Biberach 1969/70; Heckmann, Paul (Hrsg.): Der Landkreis Biberach, S. 307ff.
- 2 Aktenvermerk des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württemberg und Hohenzollern, gez. Der Landesdirektor des Innern v. 9. 4. 1946; vgl. auch <http://www.wikipedia.org/wiki/Volksdeutsche>, Zugriff: 10. 2. 2010.
- 3 StA BC, Az. 441 00, Landratsamt (Umsiedlungsamt) an Stadtverwaltung Biberach v. 21. 11. 1946.
- 4 StA BC, Az. 474 53, Landratsamt Biberach an Staatssekretariat der französisch besetzten Gebiete Württemberg-Hohenzollern v. 3. 1. 1946.
- 5 Schreiben an die Militärregierung (Entw. erl. Neff) v. 13. 4. 1948 betr. Lager Birkendorf – Grenzlager – Lager Lindele (übergeben von Dr. Diemer).
- 6 Vgl. „50 Jahre danach. Das Lager Birkendorf 1946“, zusammengestellt von einer Arbeitsgruppe in der Altenbegegnungsstätte Ochsenhauser Hof, o.J. (1995/96).
- 7 StA BC, Az. 421 00, Rundschreiben des Landrats Erler an die Gemeindeverwaltungen des Kreises Biberach v. 9. 1. 1946; Az. 441 00 Schreiben des Assessors Dr. Schäfer an die Stadtverwaltung Biberach v. 22. 3. 1947; Schreiben des Bürgermeisters Leger an das Landratsamt Biberach v. 9. 4. 1947.
- 8 Schreiben an die Militärregierung (Entw. erl. Neff) v. 13. 4. 1948 betr. Lager Birkendorf – Grenzlager – Lager Lindele (übergeben von Dr. Diemer).
- 9 Schreiben des Landratsamtes Biberach, Kreiskultur- und Archivamt, Dr. Diemer, v. 6. 4. 1998; StA BC, Az. 47450, Ablehnung eines Antrags auf Zuweisung einer Hausgehilfin aus dem im Lager befindlichen Flüchtlingen v. 11. 2. 1948.
- 10 StA BC, Az. 421 00, Schreiben des Wohnungsamtes Biberach an Bürgermeister v. 27. 10. 1948.
- 11 Schreiben des Landratsamtes Biberach, Kreiskultur- und Archivamt, Dr. Diemer, v. 6. 4. 1998; vgl. KA Biberach, Sig. 88: Plan des Grenzauffanglagers v. 11. 10. 1949.
- 12 Booch, S. 24; StA BC, Az. 441 11, Schwarzwälder Bote Nr. 124 v. 11. 8. 1951.
- 13 Booch, S. 24.
- 14 Booch, S. 25.
- 15 Kühne, S. 205.
- 16 Booch, S. 10 lt. StA BC, Az. 421 00, Rundschreiben des Landratsamtes an Stadt- und Gemeindeverwaltungen v. 29. 3. 1946.
- 17 Kühne, S. 89, 134f. u. 127ff.
- 18 StA BC, Az. 474 13, Gemeindeverwaltung Untersulmetingen an Landratsamt Biberach v. 17. 11. 1946.
- 19 Kühne, S. 135f.
- 20 StA BC, Az. 474 50, Aktennotiz v. Dr. Schäfer an AV 2 im Amt v. 12. 9. 1947.
- 21 Kühne, a.a.O., S. 135; Binder, S. 20 und 22.
- 22 StA BC, Az. 421 00, Rundschreiben des Landratsamtes (Umsiedlungsamt) an die Bürgermeister der Kreisgemeinden v. 19. 7. 1946.
- 23 Binder, S. 34
- 24 Gaisental, S. 6
- 25 Binder, S. 45f
- 26 Booch, S. 13 lt. Schwäb. Ztg. v. 14. 5. 1949 und Schwäb. Tagblatt v. 30. 4. 1949.
- 27 Booch, S. 20f
- 28 Schreiben des Landratsamts (Umsiedlungsamt) Biberach an Innenministerium (Staatskommissar f. d. Umsiedlung) Tübingen v. 6. 8. 1949.
- 29 StA BC, Az. 421 00, Schreiben des Wohnungsamtes an Gemeinderat Biberach v. 7. 12. 1949.
- 30 StA BC, Az. 641 45, Bürgermeister Leger an Innenministerium v. 3. 1. 1950; Az. 441 00 Gemeinderatsprotokoll Nr. 126 v. 17. 2. 1950.
- 31 StA BC, Az. 421 00, undatiertes Redeentwurf d. Bürgermeisters Mayer, Laupheim, an Landrat Heckmann gerichtet.
- 32 Binder, S. 42; Gaisental, S. 6ff.; Booch, S. 44ff.; StA BC, Az. 641 45 Gemeinderatsprotokoll v. 21. 4. 1950.
- 33 StA BC, Az. 761 05, Aktenvermerk der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Ludwigsburg v. 3. 9. 1963 und Gemeinderatsprotokoll v. 13. 12. 1965.
- 34 Kühne, S. 96.
- 35 Kühne, S. 141ff.
- 36 <http://www.dradio.de/dkultur/sendungenThemenabend1949/954357/>, Zugriff am 16. 1. 2010.
- 37 Kühne, S. 143ff.
- 38 Kühne, S. 146ff.
- 39 Kühne, S. 153f. – An das aus Pommern stammende Flüchtlingsehepaar Emil und Anna Thrun, das mit einem der Transporte des Jahres 1947 in den Kreis Biberach kam, erinnert das „Stübli“ des Unteren Bauhofes aus Betzenweiler im Oberschwäbischen Museumsdorf Kürnbach, in dem es mit seinen drei Kindern bis 1969 lebte. Mit Hilfe der Tochter konnte die Einrichtung 1991 teilweise mit der originalen Einrichtung rekonstruiert werden.

- 40 Kühne, S. 165ff.; StA BC, Az. 47 450 Rundschreiben des Staatskommissars f. f. Umsiedlung an Landratsamt Biberach v. 19. 9. 1950; Bürgermeister an Landratsamt v. 10. 10. 1950.
- 41 StA BC, Az. 421 00, Landratsamt (Umsiedlungsamt) an Sprengelobmänner und Ortsvertrauensmänner der Vertriebenen v. 15. 12. 1953.
- 42 StA BC, Az. 641 45, Gemeinderatsprotokoll v. 13. 6. 1950.
- 43 StA BC, Az. 421 00, Landratsamt (Umsiedlungsamt) Biberach an Bürgermeisteramt Biberach v. 17. 6. 1950.
- 44 StA BC, Az. 421 00 Bürgermeister an Wohnungsamt Biberach v. 26. 6. 1950.
- 45 Landratsamt Biberach an das Innenministerium (Staatskommissar f. d. Umsiedlung) Tübingen v. 4. 1. 1951, Nachweisung über die im Monat Dezember 1951 entstandenen Kosten des Umsiedlungswesens.
- 46 Booch, S. 12; Binder, S. 30; Kühne, S. 161ff.
- 47 StA BC, Az. 641 45, Gemeinderatsprotokoll v. 30. 3. 1951, v. 17. 4. 1951, v. 24. 4. 1951; Schreiben der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen in Deutschland e.V. an Bürgermeister Leger v. 13. 4. 1951; Schreiben des Kreisvertrauensrat des Verbands der Heimatvertriebenen an das Bürgermeisteramt Biberach v. 21. 4. 1951.
- 48 StA BC, Az. 441 00 Gemeinderatsprotokoll-Auszug v. 11. 5. 1951.
- 49 StA BC, Az. 421 00 Gemeinderatsprotokoll v. 11. 1. 1952.
- 50 StA BC, Az. 421 00, Bekanntgabe des baden-württ. Innenministeriums v. 6. 3. 1953.
- 51 StA BC, Schreiben der Stadtpflege an Bürgermeister Leger v. 23. 4. 1953.
- 52 Entwurf eines Schreibens von Reg. Oberinspektor Messmer an das Regierungspräsidium Südwürtt.-Hohenzollern Tübingen v. 9. 9. 1953.
- 53 StA BC, Az. 441 00, Bürgermeister Leger an Firma Liebherr v. 6. 11. 1953; StA BC, Az. 441 11, Aktennotiz der Stadtpflege v. 28. 12. 1953.
- 54 Regierungspräsidium Südwürttemberg-Hohenzollern an die Landratsämter v. 14. 4. 1954.
- 55 Booch, S. 24; StA BC: Schwäb. Zeitung v. 19. 5. 1959; StA BC, Az. 421 00 Bürgermeister Leger an Württ. Gemeindetag v. 31. 10. 1956.
- 56 StA BC, Az. 441 00 Gemeinderatsprotokoll vom 13. 12. 1957.
- 57 StA BC, Az. 441 00 Schreiben des Bürgermeisters v. 1. 2. 1958.
- 58 StA BC, Az. 441 00 Bürgermeister an Landrat v. 3. 2. 1958.
- 59 StA BC, Az. 441 00, Schreiben des Bürgermeisters Leger v. 26. 9. 1960.
- 60 StA BC: Schwäb. Zeitung v. 13., 18. Und 20. 1. 1962.
- 61 Jeschke, 99, Tab. 38 nach Angaben des Amtes für öffentliche Ordnung Biberach; die Zahlen in Klammern beziehen sich auf Jeschke, 106f. Die Unterschiede erklären sich vermutlich aus unterschiedlichen Stichtagen, denn die Belegung des Flüchtlingslagers fluktuierte erheblich innerhalb eines Jahres.
- 62 Binder, S. 37.
- 63 StA BC: Schwäb. Zeitung v. 2. 2. 1962; Booch, S. 17.
- 64 Binder, S. 26

Bildnachweise

- S. 51 StA BC Altreg. Bü 525
 S. 53 Kreisarchiv Biberach
 S. 54, 59, 60, 61 Privat
 S. 56 Bauverwaltungsamt Biberach